

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 234

Oktober 2007



Für eine Schweiz mit Zukunft



P.P. Uster

Neue Fairness braucht die Schweiz	3
Zu den eidgenössischen Parlaments-Wahlen vom 21. Oktober Von Hans-Jürg Fehr, Nationalrat und Präsident der SPS	
Für eine Schweiz mit Zukunft	4
Zur kantonalen Ständeratswahl vom 21. Oktober Von Chantal Galladé, Nationalrätin und Ständeratskandidatin der SP	
Für eine Welt ohne Waffengewalt	6
Von Patrick Angele, Nationalratskandidat, Dübendorf	
Bürgerliche Finanzpolitik: Wer hat, dem wird gegeben	7
Von Stefan Feldmann, Nationalratskandidat, Uster	
Dringender Klimawandel im Bundeshaus	8
Von Andrea Kennel, Nationalratskandidatin, Dübendorf	
Kein optimales, aber ein akzeptables Projekt	8
Von Julia Amherd, Gemeinderätin, Uster	
Wir Uster seinen Platz in den Geschichtsbüchern fand	10
175 Jahre Brand von Uster	
Tempo 30: Es geht vorwärts	11
Von Stefan Feldmann, Gemeinderat, Uster	
Neue Köpfe im Gemeinderat Uster	11
Veranstaltungskalender	12



Aus Deutschland stammt der Begriff des «Lagerwahlkampfs». Gemeint ist damit, dass sich zwei unverrückbare Lager gegenüber stehen, die aus mehr als einer Partei bestehen: Hier SPD und Grüne, dort CDU und FDP. Die Schweiz ist nicht Deutschland und so lässt sich der Begriff «Lagerwahlkampf» nicht auf die hiesigen Verhältnisse übertragen. Oder vielleicht doch? Am 21. Oktober ist im Kanton Zürich jedenfalls die Ausgangslage nicht unähnlich, denn es stehen sich drei Blöcke gegenüber.

Da gibt es zum einen der Bürgerblock. In diesem haben sich FDP und SVP zusammengefunden. Zwar zeigt dieser Block nicht nur kleine Risse – so unterstützen zahlreiche prominente Freisinnige SVP-Ständeratskandidat Ueli Maurer nicht –, zwar sind sich diese Parteien in vielen Sachfragen (Bildungspolitik, Gesellschaftsfragen, Landwirtschaftspolitik) nicht wirklich einig, dennoch: Wählt man eine dieser Parteien, weiss man was man erhält – eine Politik, der das eigene und zumeist wohlhabende Hemd am nächsten ist.

Auf der anderen Seite stehen die sozialen und ökologischen Kräfte, angeführt von der SP, unterstützt von Grünen und der kleinen Alternativen Liste. Auch hier, weiss man was man bekommt, wenn man eine dieser Parteien wählt: Eine Politik, die die unteren und mittleren Einkommen stärken will, die sich für mehr familienergänzende Betreuung und einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzt, eine Politik, welche der drohenden Klimakatastrophe mit wirksamen Massnahmen begegnen und unsere Naherholungsräume schützen will.

Und dann gibt es da einen dritten Block, der CVP, EVP, EDU und die erstmals antretenden Grünliberalen umfasst. Ein Block, bei dem man wegen der Listenverbindung nicht so recht weiss, wem die Stimme, die man einer dieser Parteien gibt, am Ende wirklich zugute kommt. Wer zum Beispiel die Umwelt schützen und darüber hinaus liberal eingestellt ist – also jeden und jede nach seiner Façon und ohne Einmischung des Staates glücklich leben lassen will – und deshalb GLP wählen will, muss am Ende damit rechnen, dass er oder sie damit das genaue Gegenteil erhält, zum Beispiel mehr EDU-Politik – eine Politik, die gegen Abtreibung und eingetragene Partnerschaft wettet und die Frau zurück an den Herd schicken will.

Wählen, so lehrt uns der Duden, hat mit auswählen zu tun. Nur, so frage ich mich, wie kann man auswählen, wenn man am Ende keine Gewähr hat, dass dieser Auswahl auch entsprochen wird, mehr noch: Die Auswahl möglicherweise gar ins Gegenteil verkehrt wird? Solche Listenverbindungen erweisen letztendlich der Demokratie einen Bärendienst, denn so erhalten diejenigen Stammtischbrüder recht, die meinen: «Die machen ja sowieso, was sie wollen.»

Und soweit sollten wir es nicht kommen lassen.

Ewald Feldmann

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	9'600
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredy Gut, Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Nationalratswahlen vom 21. Oktober: Darum geht es

Neue Fairness braucht die Schweiz

In wenigen Wochen sind eidgenössische Wahlen. Es werden Richtungswahlen, wegweisend für die kommenden vier Jahre. Soll die Schweiz sozialer, offener, ökologischer und moderner werden oder unsozialer, isolierter, umweltfeindlicher und rückwärtsgewandter?

Von Hans-Jürg Fehr, Nationalrat,
Präsident SP Schweiz

Die SP steht für eine soziale Schweiz: Für 50'000 zusätzliche Krippenplätze. Für höhere Stipendien und Lehrstellen für alle. Für eine sichere AHV-Rente statt Rentenalter 67. Das sind bei uns keine leeren Wahlversprechen.

Wir haben uns auch in den vergangenen vier Jahren konsequent für soziale Gerechtigkeit eingesetzt – mit Erfolg: Wir haben Rentenkürzungen bei der 11. AHV-Revision an der Urne verhindert. Wir haben das unsoziale Steuerpaket in der Volksabstimmung zu Fall gebracht. Die Mutterschaftsversicherung und die Kinderzulagen gehen auf Vorstösse der SP zurück, ebenso der Vaterschaftsurlaub. Die SP hat sich als einzige Bundesratspartei konsequent für eine zehnprozentige Erhöhung beim Rahmenkredit für Bildung, Forschung und Innovation ausgesprochen und sich gegen Kürzungen bei der Anstossfinanzierung für Kinderkrippen gewehrt.

Die SP kämpft auch konsequent für faire Mindestlöhne und gegen Abzockersaläre für Vasella, Ospel und Co. Und wir sind die Partei für Steuergerechtigkeit: Die SP ist führend im Kampf gegen die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer, Steuergeschenke für Grossaktionäre (Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II im Juli eingereicht) oder Steuerrabatte für Topmanager (Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen). Wir befinden uns im Schlusspurt zur Steuergerechtigkeits-Initiative, die dem übertriebenen und ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Extrawürsten für Superreiche endgültig einen Riegel schiebt.

Die SP steht für eine ökologische Schweiz: Für eine CO₂-Abgabe auf Benzin zugunsten des öffentlichen Verkehrs und für Sonnen- und Windenergie statt Atomkraftwerke. Wir haben zusammen mit Partnern und Umweltorganisa-



Hans-Jürg Fehr, Nationalrat und Präsident der SP Schweiz: «Eine Stimme für die Sozialdemokratische Partei ist eine Stimme für eine zukunftsgerichtete Schweiz.»

Einspeisevergütung für erneuerbare Energien haben wir einen wichtigen Erfolg erzielt.

Die SP steht für eine offene Schweiz: Für den EU-Beitritt. Mehr öffentliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Eine aktive Rolle der Schweiz in der UNO und die aktive Aussenpolitik einer solidarischen, der humanitären Tradition verpflichteten Schweiz, die Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey verkörpert.

Es war die SP, die den drei ökonomischen Abstimmungsvorlagen (Schengen/Dublin, Ausdehnung Personenfreizügigkeit, Osthilfe) zum Durchbruch verhalf. Die SP hat Kürzungen bei der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

bekämpft und mit ihrem öffentlichen und parlamentarischen Druck dubiose Waffenexport-Geschäfte in Krisenregionen verhindert.

Wir haben viel erreicht in den vergangenen vier Jahren auf dem Weg zu einer sozialen, offenen und ökologischen Schweiz. Und – fast noch wichtiger – wir haben auch Schlimmeres verhindern können, was die Rechte unter dem SVP-Diktat durchsetzen wollte. Wir wollen aber noch mehr erreichen. Wir wollen den Rechtsblock im Bundesrat knacken und die fortschrittlichen Kräfte in den kommenden vier Jahren anführen. Um eine zukunftsgerichtete Politik zu gestalten. Diese Rolle kann nur die SP übernehmen. Deshalb ist nur eine Stimme für die SP eine Stimme für eine zukunftsgerichtete und sozial gerechte Schweiz. Neue Fairness braucht die Schweiz. Und eine starke SP.

Danke für Ihre Stimme. Es lohnt sich!

tionen die Klima-Initiative lanciert und unseren Anteil von 25'000 Unterschriften schon im August gesammelt. Zu lange hat die Rechte unter dem Diktat der Wirtschaft in der Klimafrage auf Zeit gespielt und längst gemachte Versprechen immer wieder gebrochen. Trotz schwieriger Ausgangslage konnte die SP mit ihrem hartnäckigen Einsatz in allen Gremien, im Bundesrat mit Umweltminister Moritz Leuenberger sowie im National- und Ständerat, auch in den vergangenen vier Jahren einiges bewegen: Wir haben den Avanti-Gegenvorschlag mit Verbündeten gegen die Auto- und Strassenlobby an der Urne wuchtig abgewehrt. Wir haben den Anschluss ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz durchgebracht, dem Infrastrukturfonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen zum Durchbruch verholfen und Kürzungen beim öffentlichen Verkehr verhindert. Wenigstens auf Brennstoffen konnten wir eine CO₂-Abgabe durchsetzen und mit der

Ständeratswahlen 21. Oktober: Chantal Galladé in den Ständerat

Für eine Schweiz mit

Chantal Galladé: Parteiübergreifend akzeptiert.



fo. Der Ständerat gilt im Gegensatz zum Nationalrat, wo vor allem nach dem Parteiprogramm politisiert wird, als «Chambre de réflexion». In der kleinen Kammer gilt es eigene politische Überzeugungen gegen die Interessen des Kantons, den man vertritt, abzuwägen, eine Balance

zwischen beiden berechtigten Ansprüchen zu finden.

Deshalb hat die Kandidatur von Ueli Maurer, der als Parteipräsident der SVP-Kettenhund vom Dienst ist, weitherum für einiges Stirnerunzeln gesorgt, sogar bei eigenen Leuten wie etwa dem

amtierenden Ständerat Hans Hofmann. Chantal Galladé bringt im Gegensatz dazu bezüglich Person und Politstil die Voraussetzungen mit, um im Ständerat politisieren und etwas bewirken zu können. Das sagen nicht etwa wir, sondern auch der politische Gegner.



Christoph Darbellay,
CVP-Nationalrat VS,
Präsident CVP Schweiz

«Mit Chantal Galladé teile ich das Präsidium der Gruppe für Jugend und Kinder der Bundesversammlung. Es ist eine wahre Freude mit ihr zu arbeiten. Sie fürchtet die Probleme nicht, sondern sie packt sie an und findet ausgewogene Lösungen.»



Christa Markwalder,
FDP-Nationalrätin BE

«Ich finde es bewundernswert wie Chantal Galladé ihr politische Arbeit mit ihrer Aufgabe als junge Mutter kombiniert, Auch wenn Chantal und ich politisch oft unterschiedlicher Meinung sind, können wir zusammen lachen. Mit Chantal kann man (sprichwörtlich ausgedrückt) Pferde stehlen. Ihre offene und humorvolle Art schätze ich sehr.»



Maja Graf,
Grüne Nationalrätin BL

«Im Ständerat braucht es junge Frauen wie Chantal Galladé. Sie engagiert sich beherzt für mehr Lehrstellen, eine Stärkung der Berufslehre, bessere Bedingungen für alle Familien und Chancengleichheit. Ihre spontane, offene Art bringt frischen Wind in den ‚Altherren-Rat‘!»

Zukunft

Hin und wieder werde ich von Kritikern gefragt, wofür es die SP eigentlich noch brauche. Wofür sie stehe und wer die SP wählen soll, jetzt, wo angeblich die Arbeiterschaft zu anderen Parteien abgewandert ist. Ich frage zurück: Wer sonst ausser die SP tritt denn für eine soziale, ökologische, offene und fortschrittliche Schweiz ein? Wer sonst denkt auch an die Schwächeren und an die nächsten Generationen und sorgt so dafür, dass die Gesellschaft nicht auseinandergerissen wird? Und wer sonst investiert in die Zukunft unseres Landes, statt einigen wenigen Superreichen Steuergeschenke zu machen?

Von Chantal Galladé, Nationalrätin,
Kandidatin für den Ständerat, Winterthur

Es war schon immer die SP, die glaubwürdig für diese Schweizer Werte eingestanden ist. Und wir werden es weiterhin tun – Kritiker hin, Kritiker her. Ich bin mein halbes Leben lang, seit 17 Jahren schon, Mitglied der SP. Und ich bin stolz darauf, für die Ziele dieser Partei einzutreten. Seit 10 Jahren kämpfe ich im Kantons- und im Nationalrat für eine Schweiz mit Zukunft, nun möchte ich es im Ständerat tun.

Starke Schulen, mehr Lehrstellen

Ich will starke Schulen und Lehrpersonen, die unsere Unterstützung haben. Dazu brauchen wir zum Beispiel kleinere Schulklasse. Eine Lehrerin hat mir kürzlich erzählt, sie habe wegen ihrer grossen Klasse keine Zeit mehr sich

um Kinder zu kümmern, welche die Schule schwänzen. Das darf nicht sein. Wir brauchen gerade in belasteten Klassen mehrere Lehrpersonen und weniger Schülerinnen und Schüler. Weiter müssen alle Jugendlichen in diesem Land beste Bildungschancen haben. Als Berufsschullehrerin habe ich gesehen, wie motiviert und leistungsfähig unsere Jugendlichen sind. Sie alle haben es verdient, dass wir ihnen den Einstieg ins Berufsleben sicherstellen. Eine Ausbildung für alle ist möglich, wenn wir in der Berufsbildung neue Modelle wagen und Lehrbetriebe unterstützen. Denn eine Jugend ohne Perspektiven können wir uns nicht leisten. In der Arbeitswelt müssen wir aber nicht nur den Jungen eine Chance geben, sondern auch auf die Erfahrung der älteren Arbeitnehmenden bauen. Zum Bildungsland Schweiz gehören schliesslich auch Tagesschulen und genügend Krippenplätze, damit alle Kinder optimal betreut und gefördert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Eltern ein Anliegen, wie ich es in meinem Freundeskreis oft erlebe.

Für eine sichere Schweiz

Seit meinem Engagement gegen die Aufbewahrung der Armeewaffe zuhause erhalte ich unzählige Briefe von Menschen, die sich vor der griffbereiten Dienstwaffe daheim fürchten. 300 Menschen im Jahr sterben in der Schweiz durch Schüsse aus Armeewaffen. Das muss aufhören. Als Mitinitiantin der Waffenschutzinitiative kämpfe ich dafür, dass Dienstwaffen nicht mehr zuhause aufbewahrt werden.

Für Gewalt gibt es keine Toleranz. Das gilt auch für Jugendgewalt. Wenn mir die Verkäuferin im Lebensmittelgeschäft erzählt, dass ihr Sohn spitalreif geprügelt wurde, macht mich das wütend. Wir müssen zuerst an die Opfer von Gewalt denken. Und um solche Taten zu bekämpfen, müssen wir erstens mit Prävention dafür sorgen, dass es gar nicht dazu kommt. Zweitens müssen wir Gewalttätern klare Grenzen setzen, mit Erziehungsmassnahmen und, wenn nötig, auch mit Strafen.

Sicherheit heisst für mich auch: Wir dürfen in der Schweiz nie mehr ein Atomkraftwerk bauen. Risiken, die keine Versicherung der Welt abdeckt, können wir den nächsten Generationen nicht zumuten. Erneuerbare Energie ist sauber und sicher. Mit ihrer Förderung leisten wir auch unseren Beitrag gegen den drohenden Klimakollaps.

Die Sozialdemokratische Partei hat Lösungen für unser Land. Ich setze mich dafür ein, dass diese Lösungen Realität werden. Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen herzlich.



Daniel Vischer – ein begnadeter Rhetoriker

sf. Neben der eigenen Kandidatin Chantal Galladé unterstützt die SP Kanton Zürich auch Daniel Vischer (Grüne) für einen Ständeratssitz. Mit Vischer zöge ein politisches Urgestein ins Stöckli ein, einer, der dort die Gruppe der begnadeten Rhetoriker verstärken würde. Ich habe sein politisches Talent und seine Wortgewalt seinerzeit im Kantonsrat erleben können: Wenn Daniel Vischer das Wort ergriff, hörte man ihm – egal ob links oder rechts – zu, denn er hatte immer etwas Gescheites zu sagen. Und das sagte er mit Witz und Ironie.

Ins Zentrum seiner Politik stellt Daniel Vischer nach eigenen Angaben den Klimawandel (griffige CO₂-Abgabe, ökologische Steuerreform), Chancengleichheit und Religionsfrieden (Kampf gegen die Anti-Islam-Stimmung, gleiche Chancen für alle Menschen unabhängig ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft), die Wahrung der Grundrechte (Einbürgerungen, Völkerrecht) sowie den Kampf gegen den Umbau des Sozialstaates zum Almosenstaat (Rentenklaue, Abzockerei der Manager).

Mit Daniel Vischer und Chantal Galladé erhalte unser Kanton eine starke Ständeratsvertretung, welche den urbanen und weltoffenen Kanton Zürich hervorragend vertreten würde.

Zur Person: Daniel Vischer

Daniel Vischer ist am 16.1.1950 geboren, verheiratet, Vater zweier erwachsener Kinder, freiberuflicher Rechtsanwalt und Nationalrat. Zuvor war er zwei Jahrzehnte (1983–2003) als Kantonsrat tätig, davon vier Jahre lang als Fraktionschef der Grünen. Seit 2003 ist er Nationalrat und dort aktuell Präsident der Rechtskommission. Er engagiert sich weiter als Gewerkschafter (seit 1993 Präsident VPOD Luftfahrt) und als Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina. Seinen Morgncafé trinkt Daniel Vischer gerne in der Espresso Bar im Hauptbahnhof Zürich. Er liebt Buchhandlungen und Lesen während Zugfahrten.

Zur Person: Chantal Galladé

Chantal Galladé ist am 17.12.1972 geboren, Mutter einer zweieinhalbjährigen Tochter, hat Pädagogik studiert und als Berufsschullehrerin unterrichtet.

Sie hat in Winterthur das Jugendparlament, die Jugendlobby und das Kulturzentrum Winterthur mitbegründet. Zwischen 1997 und 2003 gehörte sie dem Kantonsrat an, seit 2003 ist sie Mitglied des Nationalrates. Sie ist Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für Kinder und Jugendfragen. Neben Politik und Familie betreibt Chantal Galladé viel Sport, schreibt Kolumnen und trifft sich gerne mit Freundinnen und Freunde, um mit ihnen zu kochen, zu essen und zu diskutieren.

Nationalratswahlen: Patrick Angele, Juso, Dübendorf (SP-Liste 2, Listenplatz 11)

Für eine Welt ohne Waffengewalt

Rund 2,4 Millionen Waffen zirkulieren in privaten Schweizer Händen. Beinahe jeden Tag stirbt ein Mensch in der Schweiz an einem Schuss aus der Armeewaffe. Jeden Tag einer zuviel. Zahlreiche Familiendramen haben sich in letzter Zeit ereignet, latente und handgreifliche Bedrohungen gegen Frauen mit Armeewaffen sind Alltag. Diese Fakten machen mir Angst. Der verantwortungslose Umgang mit Schusswaffen in der Schweiz stimmt mich nachdenklich und die grässliche Argumentation, weshalb Waffen immer noch so leicht zu haben sein sollen, macht mich wütend.

Von Patrick Angele,
Nationalratskandidat, Dübendorf

Unzählige Familiendramen und Skandale, beispielsweise der Mord an der Skirennfahrerin Corinne Rey-Bellet oder das Attentat im Zuger Parlament, scheinen nicht genug zu sein. Ein Zitat von Bundesrat Blocher zeigt den fehlenden politischen Willen, das Problem zu lösen: «Es ist wahr, dass in der Schweiz die Suizidrate relativ hoch ist. Aber das ist so, weil sich die Leute umbringen, nicht weil sie eine Waffe haben.»

Unhaltbarer Zustand

Die Hälfte dieser Suizide geschieht mit einer Armeewaffe. Bundesrat Samuel Schmid meint dazu lediglich: «Ich muss festhalten, dass die Armee nicht verantwortlich ist für die Probleme in unserer Gesellschaft.» Doch: Wissenschaftliche Studien zeigen, dass vor allem der einfache Zugang zu Waffen in der Schweiz für die überdurchschnittlich hohe Rate an (Selbst-)Tötungen durch Schusswaffen verantwortlich ist. Für die hohe Rate an Schusswaffen in privaten Haushalten ist aber hauptsächlich die Armeewaffe schuld. Auch alle anderen Schusswaffen können in der Schweiz ohne grosse Einschränkungen gekauft und besessen werden. Die Waffe kann von einer (privaten) Hand in die andere gereicht werden; ein Waffenschein ist dafür nicht nötig. In der Schweiz gibt es kein zentrales Waffenregister, dank welchem gewisse Gräueltaten verhindert werden könnten.

Deshalb engagiere ich mich im Initiativ-Komitee «Schutz vor Waffengewalt». Die Armeewaffen gehören nicht ins Privathaus, sondern ins Zeughaus! Die erleichterte Verfügbarkeit von Waffen



*Patrick Angele (*1986) ist medizinischer Masseur und Sekretär der Gruppe Schweiz ohne Armee. Er ist Gemeinderat in Dübendorf.*

erhöht nachweislich die Gefahr, dass jemand sich oder andere verletzt oder gar tötet. Ein unhaltbarer Zustand.

Stopp Kriegsmaterialexporte!

Genauso wenig wie Waffen in der Schweiz nicht hemmungslos in Umlauf gebracht werden dürfen, dürfen Schweizer Waffen und Munition ins Ausland verkauft werden. Denn Waffen hinterlassen Spuren. Waffen töten. Weltweit. Und auch die «neutrale» Schweiz mischt kräftig mit im Geschäft mit dem Tod. Das heutige Gesetz erlaubt Rüstungsexporte in alle Staaten, die nicht einem UNO-Embargo unterworfen sind. 2005 gingen 78 Prozent aller Exporte aus der Schweiz an Staaten, die sich an den Kriegen in Afghanistan und/oder Irak beteiligen. Damit macht sich die Schweiz zur Komplizin der kriegsführenden Staaten, denen es in diesem Krieg vor allem um den Zugang zu Rohstoffen geht. Eine Volks-

initiative wird diesen Herbst eingereicht. Sie fordert einen Stopp aller Rüstungsexporte.

Der Ausstieg ist machbar

Die Schweiz könnte sich aus dem Rüstungsgeschäft heraushalten. Die Initiative sieht vor, die rund 2'000 Arbeitsplätze, die von Waffenausfuhr abhängen, auf zivile Produktion umzustellen. Dass dies geht, zeigt exemplarisch der bundeseigene Rüstungsbetrieb, die RUAG. Ihr Umsatz im zivilen Bereich beträgt mittlerweile bereits 45 Prozent des Gesamtumsatzes.

Die beiden Initiativen «Schutz vor Waffengewalt» und «Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» sind Schwerpunkte meines politischen Engagements. Als politischer Sekretär der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA kämpfe ich an vorderster Front für eine Welt ohne Waffengewalt. Und ich werde dies auch als Nationalrat tun.

Nationalratswahlen: Stefan Feldmann, SP, Uster (SP-Liste 2, Listenplatz 20)

Bürgerliche Finanzpolitik: Wer hat, dem wird gegeben

Die Steuerpolitik ist in diesem Wahlherbst so hart umkämpft wie eh und je. Was verständlich ist: Schliesslich beeinflusst die Steuer- und Finanzpolitik jedes andere Politfeld, entscheidet sich hier, wie viel die öffentliche Hand für ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz oder für ein gutes Bildungssystem ausgeben kann. Leider aber wird gerade in diesem Politfeld von bürgerlicher Seite sehr oft mit gezinkten Karten gespielt.

Von Stefan Feldmann,
Nationalratskandidat, Uster

Wer finanziert die Schweiz? Dieser Frage hat sich die *economiesuisse* mit einer Studie angenommen, die sie nach den Sommerferien präsentierte. Die Studie erbrachte, was man eigentlich schon seit längerem weiss: Die wohlhabendsten 20 Prozent der Bevölkerung finanzieren 35 Prozent des Staatshaushaltes. Die Reichen also, so folgert der Verband, leisten einen überproportionalen Beitrag an die Aufwendungen des Staates und damit sie nicht abwandern – und damit die Finanzierung der öffentlichen Leistungen nicht wie ein Kartenhaus zusammenbricht – sind sie weiter zu entlasten. Diese Studie zeigt – und man müsste hinzufügen: einmal mehr –, wie auf bürgerlicher Seite in der Steuerpolitik mit gezinkten Karten gespielt wird.

Reiche kommen besser weg

Die Studie von *economiesuisse* leuchtet nämlich nur die eine Seite der Steuerpolitik-Medaille aus, die andere lässt sie wohlweislich im Dunkeln liegen: Die Frage nämlich, wie denn die Einkommen und Vermögen, auf die Steuern erhoben werden, in diesem Lande verteilt sind. Dazu sagt die Studie nichts, aber man findet die Zahlen anderswo, etwa beim Bundesamt für Statistik: Die reichsten 20 Prozent verdienen 40 Prozent aller Bruttoeinkommen in unserem Land. Und ihr Anteil am gesamten Vermögen liegt gar bei 75 Prozent! So gesehen tragen die reichsten 20 Prozent gemessen an ihrer Wirtschaftskraft eben nicht überproportional zum Steueraufkommen bei, sondern ganz im Gegenteil: Sie kommen im Verhältnis um einiges besser weg als Herr und Frau Durchschnittsschweizer. Eine weitere Entlastung der Wohlhabenden wäre also nichts anderes, als eine Politik nach dem Motto «Wer hat, dem wird gegeben». Damit sei nun nicht gesagt, dass im Bereich der Steuern kein Handlungsbedarf besteht: So sind



Stefan Feldmann (*1970) ist Journalist und selbständiger Kommunikationsberater.
Er ist Gemeinderat in Uster.

Entlastungen der unteren und mittleren Einkommen, die von den zahlreichen Steuerreformen der letzten Jahre kaum profitiert haben, und in deren Haushaltbudgets Kostenfaktoren wie Krankenkassenprämien, steigende Mieten und Ausbildungskosten überproportional zu Buche schlagen, durchaus angezeigt. Und auch einer generellen Vereinfachung der Steuerrechts könnte man einiges abgewinnen.

Klientelpolitik neu verkauft

In diesem Bereich sprechen im Moment alle von der «EasySwissTax». Ich muss gestehen, dass ich als Sozialdemokrat den Ansatz der FDP für einmal durchaus als diskussionswürdig erachte, er brächte vieles, was auch die SP schon lange fordert: die Individualbesteuerung, dank des grossen persönlichen Grundabzugs faktisch die Steuerbefreiung des Existenzminimums, ein Lichten des undurchschaubaren Abzugsdschungels, eine Kapitalgewinnsteuer unter Beibehaltung einer progressiven Steuerkurve (zugegeben: wie progressiv ist eine Sache der politisch zu bestimmenden Ansätze). So weit so gut. Allerdings werde ich den Verdacht nicht los, dass es der FDP nicht wirklich um ein neues Steuermodell geht, sondern dass sie damit ihrer

Klientelpolitik einfach eine neue Verpackung verpasst hat. Warum soll der Eigenmietwert wegfallen, der Abzug der Unterhaltskosten aber dennoch weiter möglich sein? Dies kommt einer indirekten Subventionierung der Immobilienbesitzer gleich. Warum soll die Verrechnungssteuer durch eine Sollkapital-Renditebesteuerung ersetzt werden, die Kleinsparer – die geforderte Rendite niemals erreichen können – gegenüber den grossen Vermögen – die dank Private Banking Rendite bolzen können – benachteiligt? Davon profitieren einmal mehr nur die Besitzer grosser Vermögen. Warum soll mit einer unsozialen Kopfsteuer die sinnvolle Steuerbefreiung des Existenzminimums gleich wieder rückgängig gemacht werden? Das bringt eine überproportionale Belastung der untersten Einkommen. Auch hier scheint also zu gelten: Wer hat, dem wird gegeben.

Gegen ein einfaches Steuersystem ist nichts einzuwenden. Allerdings darf es die Verfassungsgrundsätze der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und der Steuergerechtigkeit nicht verletzen. Zumindest letzteres ist bei der «EasySwissTax» in seiner momentanen Ausgestaltung nicht gegeben und in dieser Form deshalb auch nicht akzeptabel.

Nationalratswahlen: Andrea Kennel, SP, Dübendorf (SP-Liste 2, Listenplatz 31)

Wir brauchen Klimawandel im Bundeshaus

Der IPCC-Klimabericht spricht klare Worte. Die Natur zeigt mit Hitzerekorden und Überschwemmungen, dass das Klima im Wandel ist. Trotzdem versuchen noch immer zu viele Menschen, das Problem zu ignorieren. Es ist eben bequemer, nichts zu tun und den Komfort weiter zu geniessen. Wollen wir aber unseren Lebensraum und damit die Natur erhalten, so muss ein Umdenken statt finden und wir müssen handeln. Der Klimawandel muss gestoppt werden.

Von Andrea Kennel,
Nationalratskandidatin, Dübendorf

Was können wir dafür tun? Die Antworten heissen Energieeffizienz, erneuerbare Energie und bewusstes Energie sparen. Und wo können solche Massnahmen greifen? Am ehesten dort, wo viel Energie und vor allem fossile Energie verbraucht wird: Beim Heizen und beim Transport. Betrachten wir den Bereich Heizen, Bauen und Wohnen.

Hier hat die Technik in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. Heizungen sind effizienter geworden. Alternative Heiztechniken wie Holzschnitzel oder Erdsondenheizungen sind nicht nur erhältlich, sondern auch preislich interessant. Wird beim Bau oder der Renovation mit aktueller Technologie gearbeitet, kann Minergie oder sogar Minergie-P problemlos erreicht werden, sind aber noch nicht Vorschrift. Im Bereich Bau und Wohnen kann durch Energieeffizienz viel Energie eingespart werden und dies ohne Komforteinbusse. Im Gegenteil: gut isolierte Gebäude bleiben im Sommer auch kühler.

Umdenken bei der Mobilität

Ein anderer wichtiger Bereich ist die Mobilität, also der Berufs- und Freizeitverkehr. Die Auto-technologie hat sich lange geweigert, Autos zu entwickeln, die weniger Benzin verbrennen. Hier ist noch eine grosse Effizienzsteigerung möglich. Bei der Mobilität ist auch mit Umdenken viel zu erreichen. 50 Prozent der Autofahrten sind kürzer als 5 Kilometer. Für solch kurze Distanzen sollte ein Gefährt entwickelt werden, das weniger Platz braucht, leicht ist und die Umwelt möglichst wenig belastet. Ich kann mir ein Gefährt mit nur 2 Rädern und einem Biomotor



*Andrea Kennel (*1964) ist Dr. sc. techn. und Inhaberin einer Informatik-Firma. Sie ist Gemeinderätin in Dübendorf.*

vorstellen. Wer diese Idee weiter denkt, fährt am besten Velo. Doch auch hier genügt Freiwilligkeit nicht. Die Erhöhung des Benzinzolls ist dringend und sollte höher ausfallen als vom Bundesrat vorgeschlagen. Eine weitere interessante Massnahme ist das Roadpricing, das gesamtschweizerisch eingeführt werden sollte. Nur so wird es für die Automobilisten interessant ein Auto zu fahren, das weniger Benzin verbraucht oder eben das Auto auch mal gegen das Velo einzutauschen.

Für längere Distanzen ist das Velo nicht geeignet. Da bietet der öffentliche Verkehr eine gute Alternative. Doch leider ist diese Alternative nicht immer so optimal. Der öffentliche Verkehr muss klar gefördert und weiter ausgebaut werden. Hier darf nicht gespart werden. Eine Quersubventionierung durch den motorisierten Individualverkehr ist mehr als gerechtfertigt. Denn so kann eine Umlagerung auf den öffentlichen Verkehr nicht nur gefördert sondern auch finanziert werden. Eine doppelte Massnahme für das Klima.

Weg von riskanten Technologien

Allein mit der heutigen Technik wäre also schon viel möglich. Die Technik darf aber nicht stehen bleiben. Gerade im Bereich erneuerbare Energie wurde in den letzten Jahren zu wenig geforscht. War doch eine starke Lobby der Meinung, mit Atomenergie alle Probleme lösen zu können. Hier heisst Fortschritt, weg von riskanter Technologie aus dem letzten Jahrtausend hin zu moderner erneuerbarer Energie. Dazu müssen die nötigen Gelder auf Bundesebene bereitgestellt werden.

Damit das Klima nachhaltig geschützt werden kann braucht es also einen Strauss von Massnahmen. Es braucht Gesetze und Anreize. Viele dieser Gesetze und Anreize müssen auf Bundesebene erlassen werden. Dazu aber braucht es im Bundeshaus mehr Ingenieure, die technische Vorlagen nicht nur verstehen, sondern auch erarbeiten könne. Es braucht aber auch Politiker, die gewillt sind, sich konsequent für ein besseres Klima einzusetzen.

Was wir brauchen ist also ein Klimawandel im Bundeshaus.

Städtische Abstimmung vom 21. Oktober: Kredit Krankenhaus Im Grund

Kein optimales, aber ein akzeptables Projekt

Die Menschen leben heute länger als ehemals: Neben der dritten Lebensphase (der Zeit nach der Pensionierung) treten immer mehr Menschen aufgrund der längeren Lebenserwartung in die vierte Lebensphase ein (80 Jahre und älter). Viele von ihnen brauchen in dieser Lebensphase pflegerische Unterstützung oder andere Hilfestellungen. Das geht natürlich auch nicht spurlos an einem Alters- und Pflegeheim vorbei. Es muss sich diesen neuen Bedürfnissen anpassen. Deshalb soll jetzt das Krankenhaus «Im Grund» umgebaut werden.

Von Julia Amherd, SP-Gemeinderätin

Endlich ist es soweit! Der letzte Schritt einer langen, geduldig ertragenen Epoche der Diskussionen, der Planung und der Entscheidungen steht bevor: die Volksabstimmung über den 18 Millionen Kredit zur Sanierung/Umbau des Krankenhauses Im Grund.

Eine absolute Notwendigkeit: Die Bewohnerinnen- und Bewohnerzimmer sind für heutige Massstäbe eng und düster. Nasszellen sind Mangelware und meist nur mühsam über den Flur zugänglich. Aufgrund der demographischen Veränderungen in der Schweiz beherbergen Pflegeheime heutzutage vor allem sehr alte, polymorbide Menschen, Menschen also, die sich in der vierten Lebensphase (80 Jahre und älter) befinden und mehrfach erkrankt sind. Diese Bewohnerinnen und Bewohner benötigen zunehmend pflegerische Unterstützung in



Die Sanierung und der Umbau des Krankenhauses «Im Grund» ist unumgänglich.

den Aktivitäten des täglichen Lebens, wie z. B. bei der Körperpflege, beim sich ankleiden, bei der Bewegung und auch beim Ausscheiden. Und dafür braucht es Raum im Sinne von Bewegungsraum, z.B. um mit einer Gehhilfe oder einem Rollstuhl vom Bewohnerinnenzimmer ins Badezimmer gelangen zu können.

Ein weiterer Aspekt, der ebenfalls mit den demographischen Veränderungen zu erklären ist, ist die Zunahme von demenzkranken Menschen. Die Zahl der betagten Menschen wird laut Bundesamt für Statistik in den nächsten 30 Jahren markant zunehmen. Hohes Lebensalter ist der wichtigste Risikofaktor für das Auftreten

einer Demenz. Im Pflegeheim «Im Grund» wird deshalb neu eine spezielle Abteilung für demenzkranke Bewohnerinnen und Bewohner entstehen. Die Nachfrage wird mit Sicherheit steigen.

Keine Luxusvariante

Im Planungsprozess wurde immer wieder betont, man dürfe keine Luxusvariante bauen, dafür reiche das Geld nicht. Dabei wurden Abstriche gemacht, mit denen die heutigen alten Menschen, die in den Jahren 1920 bis 1930 geboren wurden und mit einem anderen Lebensstandard aufgewachsen sind, umgehen können: Viele von ihnen sind in Grossfamilien aufgewachsen und waren sich gewohnt ein Zimmer zu teilen, auf engem Raum zu leben. Wie es dann mit der heutigen Generation von Erwachsenen, die in 10 oder 20 Jahren «Im Grund» leben werden – wozu wohl auch ein paar der sparbeflissenen Gemeinderatsmitglieder gehören werden –, wird sich weisen müssen: Sie sind einen anderen Lebensstandard gewohnt, der ihnen das «Im Grund» auch nach dem Umbau nicht bieten können wird.

Immerhin: Die Zimmergrößen der Einer- und Zweier-Zimmer sind an der oberen Grenze der vorgegebenen Limiten angesiedelt. Umwelttechnisch positiv zu bewerten ist auch der geplante Minergiestandard.

Somit bleibt das Fazit: Der Umbau ist unumgänglich und kann nicht aufgeschoben werden. Das Projekt ist nicht optimal, aber immerhin

Abstimmungen vom 25. November

Bereits am 25. November steht ein weiterer Abstimmungstermin auf dem Programm. Auf eidgenössischer Ebene stehen keine Abstimmungen an, auf kantonaler Ebene könnten es gleich mehrere sein: Flughafen-Initiative, Referendum Dividenden-Besteuerung, Referendum Tram Zürich-West, Referendum Polizei-Gesetz. Welche es tatsächlich sein werden, stand bei Redaktionsschluss dieser FORUM-Nummer noch nicht fest. Bitte konsultieren Sie für die SP-Parolen die Tagespresse.

Klar sind aber die Abstimmungen auf städtischer Ebene. In aller Kürze die SP-Position dazu:

Ja zur Einführung der Grünabfuhr

... weil damit ein altes Postulat der SP erfüllt wird und so auch Personen, die über keine Kompostiermöglichkeit verfügen, ihren Grünabfall ökologisch entsorgen können.

Stimmfreigabe zur neuen Gemeindeordnung

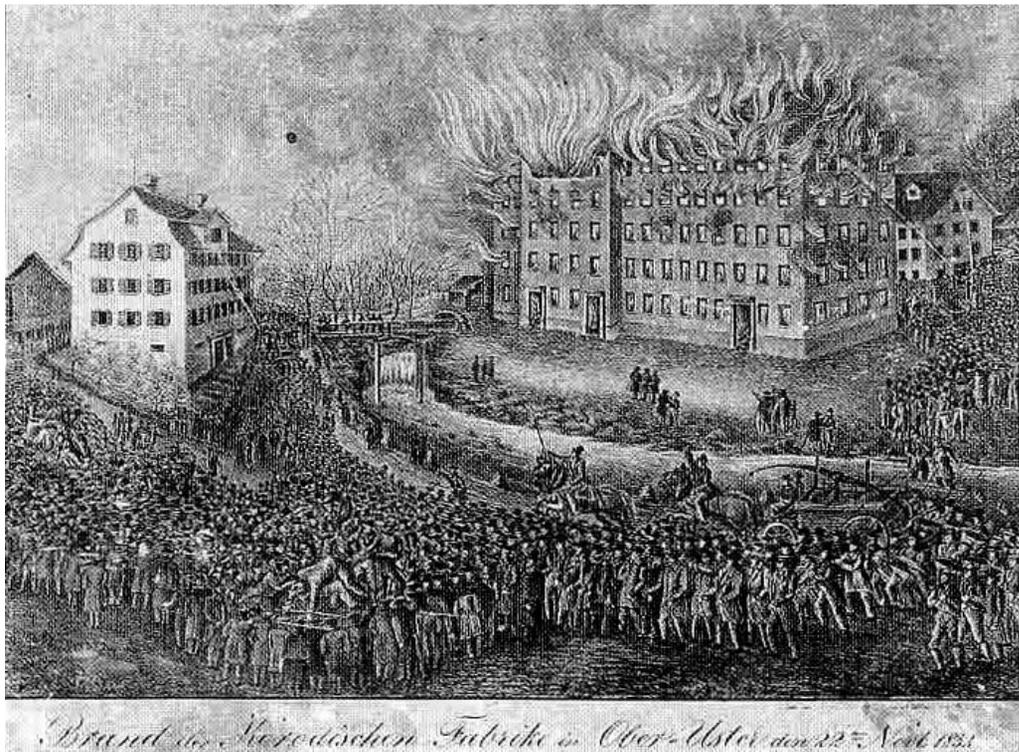
... weil der bürgerlich dominierte Gemeinderat die Chance verpasst hat, die Stadt Uster mit einem modernen Grundgesetz voranzubringen (Zweckartikel, Einbürgerungen, Ombudsstelle). Immerhin hat es aber auch keinen Rückschritt gegeben.

175 Jahre Uster Brand: Ein Augenzeuge berichtet

Wie Uster seinen Platz in den Geschichtsbüchern fand

Am 22. November 1832 setzten Weber in Uster die Fabrik der Firma Corrodi & Pfister in Brand. Die Heimarbeiter hatten Angst um ihre Arbeitsplätze, die sie durch die ersten mechanischen Webstühle bedroht sahen. Diese Tat ist das bekannteste Beispiel eines Maschinensturms in der Schweiz. Unter dem Begriff der «Brand von Uster» ging das Ereignis in die Geschichtsbücher ein. In Erinnerung an dieses Ereignis im folgenden der Augenzeugenbericht eines Politikers jener Zeit.

Um halbacht Uhr kamen neuerdings Scharen von Arbeitern daher. Mit diesen liessen sich die Abgeordneten (Anm.: Mitglieder der Zürcher Regierung, die zur Bewachung der Fabrik abgeordnet worden waren) in eine lange Unterredung ein. Sie versuchten sie auf alle Weise zu belehren und auf bessere Gedanken zu bringen, vor allem aber sie von gewaltsamen Schritten abzuhalten und auf den gesetzlichen Weg der Petition zu verweisen. Aber sie fanden wenig Gehör. Man könne, hiess es, die Webmaschinen nicht aufkommen lassen. Die Petitionen nützten nichts. Wenn die Regierung nicht helfen wolle, so müsse man sich selbst helfen. (...) Einen Augenblick liessen sich die Arbeiter beruhigen, aber plötzlich warf einer aus dem Haufen einen Stein in ein Fenster des Hauptgebäudes. Herr Fierz



(Regierungsrat) wollte den Täter abwehren, allein, jetzt war das Signal gegeben. Ein anderer warf einen grossen Sparren über die Leute hin in ein Doppelfenster, mehrere schlugen mit Stöcken und Knütteln die unteren Fenster ein,

eine Menge warf mit Steinen nach den übrigen. Ganz vorzüglich zeichnete sich ein älterer Mann durch seine rasende Zerstörungswut aus. An diesen wandte sich Herr Regierungsrat Fierz; er möge bedenken, in welches Unglück er sich und seine Haushaltung stürze, er, dessen Alter Ruhe und Überlegung erwarten lasse. «Ja», entgegnete der Angesprochene trotzig, «ich weiss, was ich tue. Ich bin jetzt 51 Jahre alt und habe Weib und Kind. Zerstört und verbrannt muss die Fabrik sein, und wenn es nicht geschieht, solange ihr hier seid, so muss es doch geschehen! Wir können länger hier warten als ihr!» (...) Rasch schritt das Verbrechen vorwärts. Noch war das Einwerfen der Fenster nicht zu Ende, als schon von mehreren die ersten Bündel Stroh und Reisig durch die zerschlagenen Fenster des untersten Stockwerkes hineingeschoben wurden. Selbst aus der Scheune der unglücklichen Eigentümer wurden Holz, Stroh und dürre Stauden geholt. Die Wut war aufs höchste gestiegen. Da brachen die ersten Flammen aus beiden Eckenfenstern des untersten Stockwerks gegen die Schmiede und die Strasse. Viel waren durch die eingeschlagenen Türen und Fenster in die Fabrik gedrungen und damit beschäftigt, die Maschinen teils zu zerstören, teil in den Bach zu werfen. Einige brachen in die Schmiedewerkstatt ein, nahmen daraus glühende Eisenstangen und trugen das Feuer herum. Bald brach das Feuer an vielen Punkten zugleich aus. Die Tat war vollendet.

brand.uster – eine trilogie

brand.uster – historischer diskurs 1832

Heidi Witzig, bekannte Historikerin und Buchautorin, diskutierte gemeinsam mit Gästen aus Wirtschaft und Politik über die Bedingungen, welche zum Ereignis des Brandes von Uster führten. Was daran ist heute und morgen in der Welt der Globalisierung noch aktuell? Gezeigt wurde zudem der Dokumentarfilm «Usterbrand» von H.C. Daeniker und Beat Wieser. Hat bereits stattgefunden.

brand.uster – inszenierung 2007

Wir sind in der Gegenwart. Der Brennpunkt hat sich verschoben. Uster ist eine Wohnstadt geworden. Die S5 hat den Webstuhl abgelöst. Im Viertelstunden-Takt senken sich die Barrieren und bringen die ArbeiterInnen nach Zürich, Glarus oder Basel. Es geht uns gut. Existieren überhaupt noch Brennpunkte? Wofür riskieren wir

heute noch unser Leben? Ein Theaterstück des Vereins aggro-theater, Regie und Text: Barbara Stengl. Bühne: köfer/hess, Schauspiel: Lena Estermann, Monica Lardrot u.a. 6./7./8. Dezember, 20 Uhr, im Qbus.

brand.uster – geschichtenwettbewerb 2032

Wie leben wir in Uster im Jahr 2032? Uster – ein blühendes Trendquartier oder gross angelegter botanischer Garten rund um den Greifensee? Welche Geschichten werden sich die Einwohner dann von ihrer Stadt erzählen? Die von den Brandstiftern? Oder die vom Schatz in der Greifensee? Oder die, als die S5...?

Zum Geschichtenwettbewerb sind alle UstermerInnen ab fünf Jahren eingeladen. Die Geschichten dürfen nicht länger als drei DIN A4-Seiten sein. Bis zum 5. Januar einzusenden an: Martin Langenegger, Im Werk 5, 8610 Uster. Preisverleihung: 27. Januar, 11 Uhr, im Qbus

Tempo 30: Es geht vorwärts

Tempo 30 ist seit mehr als einem Jahrzehnt ein Dauerbrenner in der Stadt Uster. Mit einer Volksinitiative wollen SP und EVP dem Anliegen nun endlich zum Durchbruch verhelfen: Im Herbst 2005 wurden für die Initiative 1'172 Unterschriften gesammelt. Ende Juni hat der Gemeinderat nun die Initiative vorläufig unterstützt und den Stadtrat damit beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, mit der Tempo 30 möglichst flächendeckend eingeführt werden kann.

Stefan Feldmann, SP-Gemeinderat

Bereits seit über elf Jahren wird in der Stadt Uster über die Einführung von Tempo 30 diskutiert: Im Frühling 1996 beschloss der Stadtrat auf Anregung der damaligen Sicherheitsvorsteherin Heidi Vogt und des damaligen Planungsvorstandes Rolf Aepli, in zwei Ustermer Quartieren – Sonnenberg und Krämeracker – Tempo 30 einzuführen. Wie man weiss, ist das Vorhaben seinerzeit gescheitert und auch sonst ist in Uster trotz

verschiedenster Anläufe, verschiedenster runder Tische und verschiedenen Bekenntnissen verschiedenster Parteien in Sachen Tempo 30 wenig geschehen. Ging es nämlich darum, den Bekenntnissen Taten folgen zu lassen und für die Umsetzung Geld in die Hand zu nehmen, war es mit den Bekenntnissen dann zumeist wieder vorbei.

Es brauchte am Ende dann doch eine von SP und EVP Uster gemeinsam lancierte Volksinitiative, um dem Anliegen wieder neuen Schub zu geben. Und dass das Anliegen Schub hat, beweist die Tatsache, dass für die Initiative an nur zwei Sammeltagen die notwendige Zahl der Unterschriften zusammen kamen, dass sie am Ende mit 1'172 Unterschriften eingereicht werden konnte.

Nagelprobe kommt erst noch

Der Entscheid des Gemeinderates von Ende Juni ist ein wichtiger Schritt hin, auf dem Weg mit Tempo 30 in den Ustermer Wohnquartieren, die Lebens- und Wohnqualität in unserer Stadt zu erhöhen und – und das vor allem – unseren Kin-

dern, den schwächsten Verkehrsteilnehmern überhaupt, mehr Sicherheit bieten zu können. Inzwischen unterstützen neben SP und EVP auch die Grünen und Grünliberalen, der Stadtrat sowie die FDP, die anlässlich ihrer Wahlkampf-Medienkonferenz im Dezember 2005 diese Volksinitiative noch als «vermeintlichen linken Wahlkampfschlager» abqualifizierte, die Initiative grundsätzlich. Allerdings sollte man angesichts dieser breiten Allianz noch nicht zu früh jubeln, die Nagelprobe kommt erst noch.

Ende Juni hat der Gemeinderat «nur» – und man muss hinzufügen: einmal mehr «nur» – ein Bekenntnis ablegt. Entscheidend wird dann die Stellungnahme dieses Rates zur Detailvorlage des Stadtrates sein, welche die konkrete Umsetzung enthält. Und diese Vorlage wird dann auch etwas kosten (gemäss bisherigen Schätzungen zwischen 1,5 und 2 Mio. Franken). Erst zu diesem Zeitpunkt wird sich dann zeigen, wer seinem Bekenntnis zu mehr Sicherheit für unsere Schulkinder und mehr Lebensqualität in den Wohnquartieren auch wirklich Taten folgen lassen will.

Gemeinderat Uster: Wechsel in der SP-Fraktion

Jonas Schmid und Walter Strucken neu im Gemeinderat

Vor den Sommerferien absolvierten zwei SP-Gemeinderatsmitglieder ihre letzte Sitzung: Patricia Bernet und Marc Meyer hatten per Ende August ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat eingereicht. Ihre Nachfolge treten Jonas Schmid und Walter Strucken an.



SP-Gemeinderätin **Patricia Bernet** hat nach fünf Jahren Ratszugehörigkeit ihren Rücktritt aus dem Ustermer Parlament erklärt. Die Biologin und stellvertretende Geschäftsleiterin der Greifensee-Stiftung war bei den Gesamterneuerungswahlen 2002 in den Gemeinderat gewählt worden. Seit ihrem Eintritt ins Ustermer Parlament gehörte sie der Kommission Planung und Bau an und setzte ihren politischen Schwerpunkt in Umwelt- und Energiefragen, wo sie mit diversen Vorstössen, namentlich dem kürzlich durch die bürgerliche Phalanx abgelehnten Kyoto-Vorstosspaket, Akzente setzte und Denkanstösse gab.



SP-Gemeinderat **Marc Meyer** tritt nach etwas mehr als vier Jahren Zugehörigkeit auf Ende August aus dem Ustermer Parlament zurück. Der Architekt war Anfang 2003 für die aus Uster



Jonas Schmid



Walter Strucken

weggezogene Dagmar Anderes in den Gemeinderat nachgerückt. Auch er gehörte der Kommission Planung und Bau an und widmete sich – als Präsident des Vereins Freizeit- und Jugendzentrum Uster (frjz) – darüber hinaus auch dem Bereich der Jugendpolitik. Er ist zudem Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster.

Die SP-Gemeinderatsfraktion und die SP Uster bedauern die Rücktritte von Patricia Bernet und Marc Meyer ausserordentlich und danken ihnen für ihren grossen Einsatz im Gemeinderat. Für die berufliche, private aber auch politische Zukunft wünscht sie beiden zurücktretenden Ratsmitgliedern alles Gute.

Die beiden Neuen

Gleichzeitig begrüsst die SP-Gemeinderatsfraktion Jonas Schmid und Walter Strucken in ihren Reihen.

Jonas Schmid ist 22 Jahre alt und steht kurz vor dem Abschluss seiner Lehre als Landschaftsgärtner. Er engagiert sich bei den Jungsozialisten und amtiert als Sekretär der JUSO Zürcher Oberland. Jonas Schmid war bislang erster Ersatz auf der SP-Gemeinderatsliste und wird künftig das zweitjüngste Mitglied des Ustermer Gemeinderates sein.

Neben einer Verstärkung für die junge Generation erhält die SP-Fraktion mit dem Eintritt von **Walter Strucken** gleichzeitig auch viel Erfahrung: Der 64jährige Sozialarbeiter leitete bis zu seiner Pensionierung viele Jahre lang den Sozialdienst der Gemeinde Zollikon. Seit seiner Pensionierung engagiert er sich in verschiedenen sozialen Institutionen, so etwa als Präsident des Vereins Sozialpädagogische Wohngruppe Zürcher Oberland, welcher in Uster die Wohngruppe «Bachstei» führt, als Stiftungsrat des Werkheims Uster oder als Vorstandsmitglied des Vereins Refugium, welcher an der Freienstrasse einen Mittagstisch betreibt

Veranstaltungskalender

29.09. DAS KAMEL IM KREISEL

Kabarett schön & gut
mit Anna-Katharina Rickert und Ralf Schlatter

Herr Schön und Frau Gut, die Figuren aus dem ersten Bühnenprogramm, treffen wieder aufeinander. Ein Feuerwerk von Wortwitz, Poesie, politischer und gesellschaftlicher Satire ist garantiert. Findet Frau Gut ihren Bauern oder entscheidet sie sich für den Metzger? Was hat das für Folgen für die Kuh? Und wie kam das Kamel in den Kreisel?

20.00 Uhr, Qbus, Braschlergasse 10

30.09. KINO: IRINA PALM

Film von Sam Garbarski
Grossbritannien 2007 E d/f 103 Minuten



«Hostess gesucht» verkündet das Schild am Eingang einer Rotlicht-Bar in Soho. Die naive Maggie (Marianne Faithfull) hat keinen Schimmer, was sich hinter diesem Jobangebot verbirgt – aber sie braucht dringend Geld für die medizinische Behandlung ihres Enkels und so bewirbt sie sich kurz entschlossen bei dem verblüfften Besitzer des Etablissements (Miki Manojlovic). Schon bald geniesst Maggie unter dem Künstlernamen „Irina Palm“ in einschlägigen Kreisen einen legendären Ruf. Zu Hause, in ihrem Londoner Vorort überrascht die flotte Witwe die Freundinnen aus der Nachbarschaft mit ihrer neuen Karriere. Und schliesslich bietet das Leben ihr sogar noch die Aussicht auf eine neue Liebe – an einem Ort, wo man sie am allerwenigsten vermutet...

Qtopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

03.10. PODIUM MIT KANDIDAT/INNEN FÜR DEN NATIONALRAT

Am 21. Oktober wählt die Schweiz ihr Parlament. Landauf und landab diskutieren die Kandidatinnen und Kandidaten. Natürlich auch in Uster: SP und FDP kreuzen die Klängen. Auf der einen Seite Mario Fehr (Nationalrat Adliswil) und Stefan Feldmann (Gemeinderat Uster), auf der anderen Seite Beat Walti (Kantonsrat Zollikon) und Sabine Wettstein (Stadträtin Uster).

Qbus, 20 Uhr (ab 19.30 Uhr Barbetrieb)

05.10. JAZZ: JOCHEN BALDES, SUBNODER

Jochen Baldes (sax), Michael Gassmann (tp), Adrian Frey (p), Christoph Sprenger (b), Elmar Frey (dr).

Jazzclub im Musikcontainer, 20.30 Uhr

07.10. + 04.11. KULTUR FÜR KINDER

7. Oktober: **Muggestutz dä Haslizweg**
Looslis Puppentheater



Abenteuer auf dem Zwer-genweg. Muggestutz, der älteste Haslizweg, macht sich auf, um ein Geschenk für seine Frau Raurinde zu suchen. Ob ihm das wohl gelingt? Gespielt wird auf offener Bühne mit Tisch-puppen, kombiniert mit Schattentheater.

4. November: **Kasperli träumt im Tamaland**
Figurentheater Arcas

Kasperli segelt auf einem riesigen Boot einem grossen Abenteuer entgegen. Da erscheint die «Traumfrau» und sie will Kasperli seinen Wunschtraumschlüssel schenken, der Schlüssel für gute Träume. Am Schluss kommt die Traumfrau nochmals vorbei und schenkt jedem Kind seinen eigenen Schlüssel für gute Träume, den es unters Kopfkissen legen kann.

Schulanlage Pünt, 11.00 Uhr
Kinder 9.–, Erwachsene Fr. 16.–
Infos und Vorverkauf: Reisebüro Bahnhof Uster
oder rene-krebs@bluewin.ch

14.10. KINO: GOLDEN DOOR

Film von Emanuele Crialeso



Italien/Frankreich 2006 I d/f 118 Minuten

Sizilien, zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Bauernfamilie Mancuso bestellt seit Generationen dasselbe karge Land. Eines Tages trifft Salvatore (Vincenzo Amato) eine bedeutsame Entscheidung: Er verkauft all sein Hab und Gut, um über den Ozean in das gelobte Land und in ein besseres Leben zu reisen. Doch um das „Goldene Tor“ zu passieren, müssen die Mancuso ein Stück ihrer alten Identität zurücklassen und eine neue annehmen. Golden Door ist eine moderne Fabel, die den Zuschauer mit auf eine Reise durch Zeit und Raum nimmt. Angetrieben von den Vorstellungen über ein Land, von dem jeder bisher nur geträumt, aber das noch niemand gesehen hat. Ein

Garten Eden in dem riesige makellose Früchte wachsen und es Geld von den Bäumen regnet. Die Neue Welt. Amerika.

Qtopia, 18.30/21 Uhr, Braschlergasse 10

21.10. EIDGENÖSSISCHE WAHLEN FÜR NATIONAL- UND STÄNDERAT

Ständerat: Chantal Galladé, Daniel Vischer
Nationalrat: Stefan Feldmann, Uster
auf der Liste 2 der SP

26.10. THEATER: TAG DER GNADE

Schauspiel von Neil LaBute

Deutsches Theater Göttingen,
Theater Norddtour

11. September 2001: Ben arbeitet normalerweise im World Trade Center. An diesem Morgen ist er aber nicht im Büro, sondern bei seiner Chefin Abby, mit der er seit drei Jahren eine Affäre hat. Am Tag danach klingelt alle paar Minuten das Handy. Bens Frau will wissen, ob ihr Mann noch lebt. Doch Ben geht nicht ran. In der Katastrophe wittert er die Chance, einen bequemen Schlusstrich zu ziehen. Aber seine geliebte hat genug von den Heimlichkeiten der letzten Jahre.

Stadthofsaal, 20 Uhr

28.10. KINO: GERHARD MEIER – DAS WOLKENSCHATTENBOOT

Film von Friedrich Kappeler
Schweiz 2007 Dialekt 80 Minuten

Ein Porträtfilm über den 90-jährigen Schriftsteller Gerhard Meier. Entstanden ist zugleich das Porträt eines Aussenseiters der Schweizer Literatur und eine berührende Liebesgeschichte.

Qtopia, 11, Uhr, Braschlergasse 10

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL. 044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen

pfelbaum

Zentralstrasse 18, Uster

Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter
bestellen:

newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Örnungszeiten:

Mo-Fr 9.00 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 16.00

Diskutieren Sie mit, im Internet: splog.sp-uster.ch

21 ottobre 2007

Elezioni federali svizzere

Il prossimo 21 ottobre, il popolo svizzero sarà chiamato alle urne per eleggere il nuovo parlamento. Sarà rinnovato il Consiglio Nazionale e il Consiglio degli Stati. Hanno diritto di voto ed eleggibilità, tutti i cittadini svizzeri che hanno compiuto diciotto anni d'età.

Consiglio Nazionale

Il Consiglio Nazionale, equivalente alla camera dei deputati italiana, è eletto ogni quattro anni la penultima domenica d'ottobre. Contemporaneamente in quasi tutti i Cantoni è eletto anche il consiglio degli Stati.

Il Nazionale è composto di 200 membri. Ogni cantone forma una circoscrizione elettorale ed elegge almeno un rappresentante, anche se la sua popolazione è inferiore alla media nazionale d'abitanti per seggio, fissata attualmente a 35'000 unità. I consiglieri nazionali sono eletti col sistema proporzionale, contrariamente al maggioritario. Si vuole che i partiti siano rappresentati in modo equo in base alla loro forza elettorale.

Sono eleggibili solo i candidati iscritti su una lista depositata da un partito o da un movimento politico. I seggi sono attribuiti ai partiti in base al numero di voti ricevuti. Automaticamente saranno eletti i candidati d'ogni partito che hanno ottenuto il maggior numero di preferenze in base al numero di seggi assegnati al partito.

Nelle ultime elezioni del 2003, al Consiglio Nazionale, SVP/UDC (Unione Democratica di Centro) fu il partito di maggioranza relativa con 55 seggi, seguito dal PS (Partito Socialista) con 52 seggi, mentre il FDP/PRL (Partito Liberale) ebbe 38 seggi. Al CVP/PDC (Cristiano Sociale) furono assegnati 28 ed ai Verdi 13, il resto a diversi piccoli partiti.

Consiglio degli Stati

L'elezione del Consiglio degli Stati non è regolata a livello federale; la procedura elettorale è retta dal diritto cantonale.

Per il Consiglio degli Stati vengono eletti 46 membri, ogni cantone elegge due rappresentanti, mentre i semicantoni di Basilea città e campagna, Appenzello interno ed esterno, Obvaldo e Nidvaldo ne eleggono uno per ciascuno.



La giovane consigliere nazionale Chantal Galladé cercherà di conquistare per il P.S. del canton di Zurigo un seggio nel «Consiglio degli Stati».

A differenza del consiglio nazionale non sono tenuti in considerazione il numero d'abitanti, ne consegue che un cantone come Zurigo con più di un milione d'abitanti avrà al Consiglio degli Stati due rappresentanti, come il cantone di Uri che ha una popolazione di solo 36'000 persone.

I consiglieri agli Stati del cantone di Zugo, sono eletti un anno prima della scadenza, mentre il rappresentante di Appenzello interno è eletto l'aprile antecedente le elezioni attraverso una *Landsgemeinde* (assemblea di tutti i cittadini con diritto di voto).

Le elezioni per il Consiglio di Stato nel cantone del Giura si svolgeranno con il sistema proporzionale, mentre tutti gli altri Cantoni hanno optato per il maggioritario.

Coloro che vengono eletti nell'assemblea federale non possono esercitare tale mandato contemporaneamente ad altre attività previste dalla costituzione e dalla legge. Consigliere federale o giudice del tribunale federale, oppure dirigente di un'azienda parastatale, come le poste o le ferrovie federali, sono cariche che non sono compati-

bili con l'esercizio di un mandato parlamentare. In caso d'incompatibilità, il parlamentare interessato dovrà dichiarare dinanzi la propria camera, quale attività intende esercitare.

Hanno diritto al voto anche gli svizzeri residenti all'estero che sono 645'000 di cui 110'000 iscritti al catalogo elettorale svizzero che partecipano attivamente alla vita politica del loro paese. Anche in quest'occasione hanno fatto sentire la loro voce con richieste precise indirizzate ai partiti. La campagna elettorale è già entrata nel vivo, con toni molto accesi, soprattutto quando si parla di violenza giovanile, tema dibattuto nella destra ma anche nel partito socialista, naturalmente con motivazioni e punti di vista diversi.

I primi sondaggi danno per ora in vantaggio il partito socialista che potrebbe conquistare la maggioranza relativa, noi pur essendo apartitici come prevede il nostro statuto, tifiamo per il PS, in quanto è l'unico partito di governo che ha sempre dimostrato sensibilità per i nostri problemi ed è stato sempre disponibile al dialogo.

Valerio Modolo



Ci siamo ritrovati

Il 1. maggio 2007 si è svolto il decimo raduno degli ex-usteresi a Conegliano, in provincia di Treviso – Un'intervista ai nostri «ambasciatori» Pietro, Enzo e Antonio Paradiso.

Per il raduno del 1. maggio, i fratelli Paradiso si sono incontrati con gli ex-usteresi, un rinnovo che si ripete ogni tre anni. Per questa data, è stato invitato anche il nostro sindaco Martin Bornhauser, che a causa d'altri impegni presi in precedenza, non ha potuto essere presente personalmente. Il sindaco si è però impegnato con i fratelli Paradiso, consegnando loro un quadro con i simboli della città di Uster, come dono da consegnare al comitato degli ex-usteresi. Così i fratelli Paradiso sono stati i nostri ambasciatori ufficiali per questo importante evento. Assieme al quadro è stata consegnata anche una lettera firmata dal sindaco e da tutta l'amministrazione della città di Uster.

I fratelli Paradiso, arrivati a Conegliano già il giorno precedente la festa, hanno testimoniato che sono stati ospitati dalle famiglie ex-usteresi e accolti calorosamente, anche se sono passati molti anni dall'ultimo incontro.

La mattina del 1. maggio fu carica di emozioni indescrivibili. Erano presenti oltre 200 persone, giunte da Udine, Brescia, Pordenone e dall'Emilia Romagna; presente anche oltre trentun trentini.

Per questo giorno così importante sicuramente non poteva mancare un ex-presidente della Colonia Libera di Uster, il signor Bocconi, che ha partecipato con la figlia e oltre 100 ex-soci della Colonia Libera, come anche otto ex-giocatori della squadra di calcio della Colonia di Uster.

Qui, Pietro mi ha ricordato, che molti di loro hanno dato un enorme contributo alla costruzione edile e stradale della città di Uster. Avvenimenti importanti da non dimenticare, che andranno a far parte della storia dell'emigrazione.

L'aperitivo, che si è tenuto nel maestoso piazzale presso l'Hotel Ristorante «Primavera» di Godeva di Sant'Urbano, è stato accompagnato da un buon prosecco e da vino bianco della zona di Conegliano.

Nel medesimo Hotel nella sala da pranzo da «mille e una notte» si è svolto il pranzo ufficiale fino alle ore 17.00. Durante la cerimonia, i fratelli Paradiso hanno organizzato una bella e inaspettata sorpresa per tutti i pre-



Lo strano caso del signor Mele

Qualche riflessione sugli aiuti economici ai parlamentari e altri piccoli scandali.

Questa estate, durante le mie sudate vacanze in Italia, guardando il telegiornale mi è capitato di sentire un alto esponente del piccolo partito dell'Unione dei Democratici di Centro, che sproloquiava a proposito di un non meglio precisato aiuto economico a favore del ricongiungimento familiare dei parlamentari; incuriosito mi sono interessato alla vicenda chiedendomi se per caso i nostri rappresentanti siano dei poveri indigenti. I miei parenti si sono prodigati a precisarmi che i nostri deputati percepiscono un'indennità di quindicimila euro mensili, il che equivale a circa quindici salari di un operaio, in più gli viene pagato un porta-borse (circa quattromila euro mensili), non pagano o hanno importanti detrazioni su autostrade, treni, aerei, ecc. Se entrano a far parte di un organismo parlamentare, e ce ne sono tanti, hanno diritto ad auto blu e... chi più ne ha, più ne metta!

Il discorso sull'aiuto economico al ricongiungimento familiare è scaturito dall'ennesimo scandalo estivo. Lo sconosciuto e poco onorevole Mele (tanto per fare dei nomi) è stato trovato in un albergo di Via Veneto a Roma, 500 euro a notte, in compagnia di due allegre e, presuppongo, brave ragazze che gli allietavano la serata. Sennonché una di loro, dopo una sniffata di cocaina (fornita dal sempre meno onorevole) si è sentita poco bene e ha dovuto chiamare i soccorsi con conseguente scandalo.

Tempo fa, un'inchiesta televisiva ha svelato che, su un campione di nostri parlamentari, uno su tre faceva uso di droga. Anche allora ci fu uno scandalo, proteste da parte dei nostri eroi (il famoso diritto alla privacy), deputati che si professavano estranei, sembravano un gruppo d'educande in un collegio; l'UDC in primis proclamò un test generalizzato antidroga, dopo qualche giorno finì tutto nel dimenticatoio.

Parecchi di voi diranno, siamo una democrazia, ognuno ha i governanti che si merita! Non è vero, perché per merito di una legge elettorale scandalosa, una "porcata" l'ha definita Calderoni, dimenticandosi che la legge porta il suo nome, il cittadino in Italia ha potuto scegliere solo il partito e non i candidati, con il risultato che i partiti hanno imposto candidati... alla galera o personaggi poco credibili; il già citato Mele era indagato e, con l'elezione a deputato, si è risparmiato un soggiorno nelle patrie galere a spese del contribuente, perché aveva preso l'abitudine, mentre era un amministratore locale, di farsi corrompere e con il ricavato andare a giocare nel casinò di Montecarlo in compagnia di colleghi di lavoro e di svaghi!

Sono anni che si parla di una profonda riforma elettorale ed istituzionale nel Bel Paese, di ridurre il numero dei deputati, di fare un Senato delle Regioni, di riformare lo stato in senso federale, di togliere l'immunità parlamentare, di trasformare, in poche parole, l'Italia in una democrazia compiuta. È una sfida che non si vede chi possa coglierla; siamo governati da una classe di nani della politica che si preoccupano di ritagliarsi la loro fetta di potere e di privilegi, autoincensandosi, staccandosi giorno dopo giorno dalla dura realtà del cittadino comune, con tutte le contraddizioni che ne conseguono.

Siamo rappresentati da decine di piccoli partiti, ma i mass-media non parlano mai del partito di maggioranza relativa, dei milioni di cittadini che si astengono o che votano scheda bianca.

Qualche anno fa il grande Indro Montanelli invitò gli elettori a tursi il naso ed a votare la Democrazia Cristiana; consiglio questo che, ne sono certo, non ridarebbe!

sentì: A tutti i presenti in sala hanno fatto consegnare dai camerieri dei cioccolatini svizzeri, provocando nei partecipanti un grande entusiasmo, profonda commozione e felicità.

Tra una portata e l'altra ci sono stati alcuni interventi, prima da parte dei fratelli Paradiso, che hanno consegnato il quadro con la lettera dell'amministrazione di Uster al responsabile del comitato ex-usteresi, il signor Feletti Pietro. In cambio, il comitato ex-usteresi ha donato alla città di Uster, come simbolo, un piatto in ceramica, con su lo stemma della città di Conegliano.

Le festività si sono chiuse con lacrime di contentezza, molta emozione, tuttora viva nel cuore, e con tanta voglia di ritrovarsi.

In tarda serata, i fratelli Paradiso si sono incontrati con una piccola comitiva in un ristorante tipico del posto, per chiudere la serata, discutendo del successo avuto in quest'incontro.

Molti ex-usteresi il giorno successivo hanno accompagnato i fratelli Paradiso fino all'imbocco dell'autostrada per l'ultimo saluto e un arrivederci nel 2010. Forse a Pordenone – chi lo sa.

Italo Conte

Claudio Marseglia

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 234

Ottobre 2007

«Ci siamo ritrovato»

